



129. Plenarsitzung des Europäischen Ausschusses der Regionen

Debatte über den Mehrjährigen Finanzrahmen, über die Stärkung der europäischen Identität durch Kultur; Entschließung zu den Folgen des Brexit für die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften

Die 129. Plenartagung des Europäischen Ausschusses der Regionen (AdR) fand vom 16.-17.05.2018 in Brüssel statt.

Hauptschwerpunkt war die Debatte mit Haushaltskommissar Günther Oettinger zum Mehrjährigen Finanzrahmen. AdR-Präsident Karl-Heinz Lambertz äußerte eingangs, dass es der Europäischen Kommission mit dem vorgelegten Vorschlag gelungen sei, den Ball haargenau in die Mitte des Spielfeldes zu legen. Seitens der AdR-Mitglieder wurden fast durchgängig die Einsparungen bei der Kohäsionspolitik kritisiert. Viele forderten, dass die EU über mehr Eigenmittel verfügen sollte. Kommissar Oettinger warb um Verständnis für die Einsparungen bei der Kohäsions- und Agrarpolitik. Es dürfe weder große Gewinner noch große Verlierer geben. Für Vorschläge zu neuen Eigenmitteln zeigte er sich offen.

Eine Stellungnahme zum Katastrophenschutzverfahren der Union wurde mehrheitlich angenommen. Die zu einzelnen Aspekten eingebrachten Änderungsanträge aufgrund von Bedenken zur Zuständigkeit der EU bzw. zum Grundsatz der Subsidiarität fanden bei der Abstimmung keine Mehrheiten.

Eine Stellungnahme zum Vorschlag für eine Neufassung der Richtlinie über die Qualität von Wasser für den menschlichen Gebrauch wurde mehrheitlich angenommen. Der Berichterstatter, der hessische Staatssekretär Mark Weinmeister (EVP), betonte, dass er grundsätzlich eine Überarbeitung der Richtlinie für angemessen erachte. Allerdings sei die Einbeziehung der Thematik „Right to water“ in diese eher technische Richtlinie sachfremd, besser wäre eine eigenständige Rechtsgrundlage gewesen.

Mehrheitliche Zustimmung bei wenigen Enthaltungen bzw. Ablehnungen fand auch eine Stellungnahme zum Vorschlag für eine Richtlinie über gemeinsame Vorschriften für den Erdgasbinnenmarkt.

Einstimmig angenommen wurde eine fraktionsübergreifend eingebrachte Entschließung zum Brexit. Darin begrüßt der AdR grundsätzlich die vorläufige Einigung über einen Übergangszeitraum. Dadurch gelte das Unionsrecht zunächst weiter, was mehr Rechtssicherheit und Zeit für die Aushandlung des Abkommens über das künftige Verhältnis schaffe. Angesichts der Unwägbarkeiten im Zusammenhang mit dem Austritt des Vereinigten Königreichs müssten sich alle Regierungs- und Verwaltungsebenen auf jeden möglichen Ausgang vorbereiten und auf alle Szenarien einstellen.

Zu erwähnen ist eine Debatte über die Stärkung der europäischen Identität durch Kultur unter Teilnahme des Kommissars für Bildung, Kultur, Jugend und Sport Tibor Navracsics, MdEP Petra Kammerevert (S&D) sowie des Präsidenten des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses Luca Jahier. Zum Ausdruck brachten alle die Bedeutung der Regionen und Städte für die Entwicklung und Stärkung einer europäischen kulturellen Identität. Im Nachgang zu dieser Debatte nahm der AdR eine Initiativstellungnahme zum Thema Stärkung der europäischen Identität durch Bildung und Kultur mehrheitlich an. Eine weitere Stellungnahme „Kulturerbe als strategische Ressource für nachhaltigere Regionen mit einem größeren Zusammenhalt in der EU“ wurde einstimmig angenommen. Um diese Stellungnahme war der AdR seitens des bulgarischen Ratsvorsitzes gebeten worden.

Inhaltlich hat sich der AdR darüber hinaus mit einer Vielzahl anderer Themen befasst und u.a. folgende Beschlüsse bzw. Stellungnahmen gefasst:

- Halbzeitüberprüfung der EU-Forststrategie;
- Europäischer Meeres- und Fischereifonds: Investitionen in die Menschen an Europas Küsten;
- Stärkung der Innovation in Europas Regionen: Strategien für ein krisenfestes, inklusives und nachhaltiges Wachstum.

Die Landesvertretung Nordrhein-Westfalen in Brüssel informiert



Weiterführende Informationen:

<http://cor.europa.eu/de/events/pages/129th-cor-plenary-session.aspx>